

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Michael Leutert, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
- Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6424, 16/6425 -**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Der Haushaltsentwurf der Koalition folgt dem Prinzip der Umverteilung von unten nach oben. Fehlende Einnahmen werden bei den Leistungen für sozial Benachteiligte eingespart. Notwendig ist jedoch eine stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens.
- Im Haushaltsentwurf fehlt ein Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Stattdessen werden Instrumente fortgeschrieben, die sich bereits seit vielen Jahren als untauglich erwiesen haben. Die Mehrwertsteuererhöhung bremst die Konjunktur ab.
- Im Haushaltsentwurf fehlen Ansätze, die dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegenwirken.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf

- ein „Zukunftsprogramm Jugend und Innovation“ aufzulegen;
- Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden;
- die Rüstungsausgaben, insbesondere die Ausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr, im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung zu senken.

Zukunftsprogramm Jugend und Innovation

3,0 Mrd. € für eine kommunale Investitionspauschale

2,0 Mrd. € zum Ausbau der Kinderbetreuung

2,0 Mrd. € für einen attraktiven ÖPNV, der auch Gleichstellung sichert (Frauen nutzen den ÖPNV überdurchschnittlich)

1,32 Mrd. € für einen Energiesparfonds und erhöhte Förderung erneuerbarer Energien, unter anderem durch einen Wettbewerb „Energiewende in den Kommunen“

***Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

- 600 Mio. € für Konversionsmaßnahmen
- 500 Mio. € für Förderung der Hochschulmedizin
- 367 Mio. € für Erhöhung des BAföG
- 100 Mio. € für die Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur und Agrarstruktur in strukturschwachen Gebieten in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften
- 53 Mio. € für die Aufstockung der Förderung der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern
- 44 Mio. € für Förderprogramme im Ausbildungsbereich für benachteiligte Jugendliche
- 25 Mio. € für Weiterbildung und Lebenslanges Lernen
- 20 Mio. € für die Fortsetzung des Stadtumbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Ländern
- 18 Mio. € für Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern
- 8 Mio. € für die Errichtung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan Ost“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten) und Ausdehnung des Programms auf alle Bundesländer
- 5 Mio. € für die Verkürzung der Dauer der Patentbearbeitung
- 2,5 Mio. € für die Aufstockung der Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte von kleinen und mittleren Unternehmen
- 0,6 Mio. € Investitionen der Stiftung für das sorbische Volk

Hartz IV überwinden

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsprogramm Jugend und Innovation sowie der Schaffung von zusätzlich 150.000 öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen sind erforderlich:

- 7,0 Mrd. € zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II und im Alter auf 435 € pro Monat
- 3,5 Mrd. € Kinderzuschlag
- 2,5 Mrd. € zur Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I (Finanzierung aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit)
- 400 Mio. € zur höheren Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft

Gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit geringen Einkommen

- 2,5 Mrd. € zur Aufstockung des Mindestelterngeldes und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate)

Gesundheitsreform

- 2,5 Mrd. € für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
- 1,7 Mrd. € für versicherungsfremde Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen
- 1,0 Mrd. € für Prävention und Gesundheitsförderung

Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

- 29 Mio. € Insbesondere zur Finanzierung der wegen fehlender Mittel abgelehnten Modellprojekte

Finanzierung

- 25 Mrd. € durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen und die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer
- 3,2 Mrd. € durch Einführung einer Sondersteuer zur Abschöpfung der leistungslos erzielten Gewinne der Stromversorger aus dem Emissionshandel
- 2,6 Mrd. € durch die Beendigung von Auslandseinsätzen, den Verzicht auf Offensivmittel wie Eurofighter, Tornado und Airbus 400 Transporter sowie weitere Einsparungen im Verteidigungsetat
- 2,5 Mrd. € durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems
- 1 Mrd. € durch Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken sowie Einkunftsmillionären
- 100 Mio. € durch Streichung von Vorhaben zum Neubau von Autobahnen

10 Mio. € durch den Verzicht auf die Schaltung von Anzeigen im Gegenzug für
regierungsfreundliche Berichterstattung sowie in Mitgliederzeitungen von Parteien
5 Mio. € durch Verzicht auf den Neubau des Bundesinnenministeriums in Berlin

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter
Berücksichtigung der Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss.

Berlin, den 27. November 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

elektronische Vorab-Fassung*